

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-5 Uhr
Verleger: Dorweds-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-291

Schieles Ministerpension.

Berechnungsmethoden zugunsten eines deutschnationalen Guts- und Fabrikbesizers.

Ueber die Pension des Reichsministers a. D. Schiele wird jetzt offiziell folgendes mitgeteilt:

Minister Schiele hat gemäß § 35 des Reichsbeamtengesetzes bei seiner Entlassung eine Pension erhalten, weil er sich über zehn Jahre im Dienst befunden hat. Bei der Berechnung der pensionsberechtigenden Dienstzeit ist nach § 47 des genannten Gesetzes die Zeit des aktiven Militärdienstes zu der Zivilienzeit als Minister hinzugerechnet worden.

Diese offizielle Erklärung ist nichts anderes als der Versuch einer Verschleiierung eines skandalösen Vorganges. Herr Schiele ist nur neun Monate Minister gewesen und hat vor dem Ende seiner Beamtenzeit die Pension beantragt.

Es ergibt sich also die Tatsache, daß die Frontkämpfer, die ihre Gliedmaßen einbüßten, mit Bettelgroßen abgefunden werden, weil das Vaterland verarmt ist, daß aber der Etappenoffizier Schiele

seine gesamte Militärdienstzeit, zum Teil sogar doppelt, anrechnet läßt, um eine Ministerpension herauszuschlagen!

Schiele ist der Führer derselben Partei, die seit Jahren ihr heuchlerisches Geschrei über die Futtermittelwirtschaft der Sozialdemokratie veranstaltet hat.

Der Beschluß der Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gibt über ihre heutigen Verhandlungen folgende Mitteilung heraus: „Nach einem Bericht des Fraktionsvorsitzenden billigt die Fraktion die von ihren Verhandlungsführern dem Herrn Reichspräsidenten gegenüber eingenommene Stellungnahme.“

Weihnachtsferien des Reichstags.

Der Ältestenrat des Reichstags hat heute beschlossen, am 18. Dezember die Verhandlungen des Reichstags zu vertagen und sie am 8. oder 10. Januar wieder aufzunehmen.

Das Ende des Staatsgerichtshofs.

Entscheidung des Rechtsausschusses. Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde heute vormittag auf Antrag der Bayerischen Volkspartei eine Entscheidung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik einzubringen.

Wege zur Steuerermäßigung.

Sparpolitik als Deckmantel reaktionärer Absichten.

Es gibt keine vollstimmigere Forderung als die nach der Ermäßigung der Steuern. Von allen Kreisen des Volkes wird die gegenwärtige Steuerlast als überaus drückend empfunden.

Dieses Ziel hat sogar zur Bildung besonderer Körperschaften geführt, die Wege zur Sparpolitik weisen wollen und die Hindernisse zu beseitigen trachten, die dabei von der Bürokratie und dem Parlament drohen.

„Wege zur Steuerermäßigung“, so heißt der Privatdozent Dr. Friedrich Raab diese erste Schrift, zu der der Staatsminister a. D. Saemisch ein Vorwort geschrieben hat.

Wie wenig objektiv und unparteiisch die Darstellung ist, sei an einigen Beispielen kurz erläutert. Der Verfasser untersucht zunächst die Frage, warum gespart werden muß.

Für die Unternehmer freilich ist das kein Problem. Sie erklären einfach, man dürfe keine höheren Steuern erheben als im Frieden, denn die deutsche Wirtschaft könne sie nicht tragen.

Aber auch sonst hat sich Raab alle abgegriffenen Unternehmergegründungen kritisch zu eigen gemacht. Als privatwirtschaftlichen Grund für das Sparen macht er geltend, die Wirtschaft könne ohne Minderung der Steuerlasten nicht mehr bestehen.

Den volkswirtschaftlichen Grund für eine Sparpolitik sieht Raab in der Verwendung eines zu erheblichen Anteils des Ertrages des Volkseinkommens für öffentliche Zwecke.

Pablo Iglesias.

Paris, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Madrid ist dort der Führer der spanischen Sozialisten Genosse Pablo Iglesias Mittwoch nacht gestorben.

Mit Pablo Iglesias scheidet ein Mann aus der spanischen Partei und aus der Internationale, der sich um beide außerordentliche Verdienste erworben hat. Im Lande der Inquisition herrscht noch heute in erschreckendem Maße der Analphabetismus; breite Schichten des Volkes sind des Lesens und Schreibens unkundig.

Empfangen die herzlichsten und brüderlichen Grüße eines alten Soldaten des Sozialismus, der wegen seines hohen Alters und seiner Krankheit der heiligen Sache des Sozialismus nur mehr bescheidene Dienste leisten kann.

sein? Ein Gespenst, von dem der siegreiche Sozialismus die Welt sicher und unüberwindlich befreit haben wird.

Ihr alle — ich bin davon überzeugt —, die Ihr die besten Vertreter des Sozialismus seid, Ihr werdet mit all Eurem Wissen, mit all Eurer Hingebung und all Eurer Arbeitsfähigkeit im Dienste unserer Sache arbeiten und uns so der Stunde näherbringen, da die Menschheit die Ketten brechen wird, die sie bedrücken.

In der sozialistischen Arbeiterbewegung aller Länder wird der Name Pablo Iglesias als der eines aufrechten Kämpfers des Sozialismus und der Internationale im treuen Gedächtnis bleiben.

Orientpolitik im Völkerbunde.

Das Ringen um Moskau: die Türkei bleibt heute fern.

Genf, 10. Dezember. (WTB.) Auf der Tagesordnung der heutigen öffentlichen Vormittagsitzung des Völkerbundes stehen an erster Stelle die Beschwerden wegen der Grenzverletzung der Türkei in Anat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Dolmetscher einen von dem türkischen Außenminister Tewfik Ruchbi Bey unterzeichneten Brief, worin dieser unter Ausbrecherhaltung der türkischen Auffassung, daß der Rat keine endgültige Entscheidung fällen könne, und unter Aussetzung der Abstimmung des Völkerbundesrates bei der Annahme des Haager Gutachtens, das entsprechend Artikel 5 des Völkerbundespatentes einstimmig hätte angenommen werden müssen, sein Bedauern ausdrückt, der gestern abend an die türkische Delegation ergangenen Einladung zur Teilnahme an der heutigen Vormittagsitzung nicht folgen zu können.

Der Vorsitzende Scialoja erklärte darauf, daß der Völkerbundesrat trotzdem den Bericht des Generals Leidener entgegennehmen könne, worauf Leidener sofort mit der Verlesung seines Berichts begann, der im wesentlichen die Beschwerden der englischen Regierung wegen der Grenzverletzung durch die Türkei und wegen Verletzung der dortigen Bevölkerung befaßt.

Bis jetzt keine Abrüstungseinladung an Deutschland.

Eine Einladung an Deutschland, an den Vorarbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, ist noch nicht erfolgt. Es ist zwar richtig, daß die vorbereitende Kommission dem Völkerbundesrat vorschlug, die Nichtmitglieder des Völkerbundes — Deutschland, Rußland und die Vereinigten Staaten — in der Zukunft hinzuzuziehen.

losen Uebertreibungen. So hat zum Beispiel erst vor einigen Tagen Staatssekretär Dr. Popitz die Belastung des Volkseinkommens mit Steuern und ähnlichen Lasten auf etwa 25 bis 30 Proz. angegeben, d. h. auf wenig mehr als in England, wo ebenfalls der Satz von 25 Proz. erreicht wird. Das ist nicht das Vierfache, sondern nur das Doppelte des Friedens. Es würde zu weit führen, alle Fehler von Raab aufzuzählen. Es sei aber doch darauf hingewiesen, daß ein so „objektiver“ Herr, wie der Privatdozent Dr. Raab, den Unterschied zwischen dem Werte einer Mark im Jahre 1913 und im Jahre 1924 nicht zu kennen scheint. Er weiß anscheinend auch nicht, daß das Reichsfinanzministerium allein das Einkommen aus Lohnarbeit gegenwärtig auf rund 40 Milliarden Mark jährlich berechnet, daß das gesamte Volkseinkommen somit mindestens 45 Milliarden beträgt und nicht 27, wie er angibt. Es scheint ihm auch ganz entgangen zu sein, daß die öffentlichen Lasten gegenwärtig in Deutschland höher sein müssen als 1913, da wir doch inzwischen einen Krieg verloren haben, hohe Reparationslasten zahlen und Millionen Kriegsgesopfer unterhalten müssen.

Die wenigen Beispiele genügen zu dem Urteil, daß die Schrift von Raab, die erste Arbeit des „Kuratoriums für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen“, Wege wandelt, die sich von denen der reaktionärsten und urteillosesten Kreise der Großindustrie und der Großagrarier nicht im geringsten unterscheiden. „Die Budgets von Reich, Ländern und Kommunen müssen von einer gepanzerten Faust so zusammengestrichen werden, bis sie dem Stande von 1913 wenigstens annähernd wieder entsprechen“. Das rief kürzlich ein Führer der Landwirtschaft aus, und so wünschen es auch die „objektiven“ Sparpolitiker.

Bewiß brauchen wir eine Steuerermäßigung. Zahllose ehrsche Steuerzahler sind überlastet. Aber nicht weil die Gesamteinkommen so hoch sind, sondern weil sie zu ungleich verteilt sind. Noch immer ist das Steuersystem nicht abgestimmt auf die wirkliche Leistungsfähigkeit, noch immer ist die Kontrolle gering, und die Möglichkeit, die Lasten nach eigenem Ermessen zu senken, um so größer, je geringer die ständige und moralische Pflicht empfunden wird, die Lasten des verlorenen Krieges gemeinsam zu tragen. Der erste und beste Weg zur Steuerermäßigung ist deshalb die Offenlegung der Steuerlisten. Dadurch würde die Hinterziehung bekämpft, die Steuererträge gesteigert und die Lasten für alle erträglich gemacht. Das aber ist es, was uns in erster Linie not tut: die Verteilung der Steuerlasten nach dem Maße wirklicher Leistungsfähigkeit. Dann werden sie auch für alle tragbar gemacht werden können.

### Bernard Shaw an Sinowjew u. Co.

Kritik der 3. Internationale.

Bernard Shaw, der große sozialistische Dichter Englands, hat den Kommunistenführern, die wegen ihrer Desertionspropaganda in der britischen Armee zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, während des Verfahrens in jeder Weise beigestanden. Jetzt sieht er sich genötigt, auch die andere Seite der Angelegenheit aufzuzeigen, indem er im „New Leader“ u. a. folgende Worte an die Moskauer Adresse richtet:

Die verurteilten Kommunisten bezogen die Ratschläge und ihre Weisheit aus Moskau und erhielten auch das Geld aus Moskau. Die Ratschläge waren einfach verrückt. Sie zwangen die Labour Party, im Parlament die Kommunisten zu verzeihen und beraubten sie dadurch der mächtigen Stütze der offiziellen Opposition im Hause der Gemeinen. Die Regierung stürzte sich sofort auf die hilflose Beute — mit dem Erfolg, daß die kommunistischen Führer jetzt für ein Jahr im Gefängnis sind. Die Ratschläge und Weisungen aus Moskau führten dieses Ergebnis herbei; sie konnten auch kein anderes Ergebnis haben. Da dieses Ergebnis unnützlich und verderblich war, nenne ich die Weisungen aus Moskau verrückt.

### Theater in der Kleinstadt.

Ostdeutsches Landestheater in Ludenwalde.

Die Aufgabe, den kleinen theaterlosen Städten gute Theateraufführungen zu vermitteln, ist nicht leicht gelöst. Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß von Privatunternehmern zusammengestellte, herumreisende Truppen immer Schmierereien waren oder doch beim besten Willen des Direktors mit der Zeit dazu herabsanken. So hat sich in den kleinen Orten der Zustand herausgebildet, daß die Leute, die das Geld dazu haben, in die nächste größere Stadt ins Theater fahren, aber für die „Minderbemittelten“ müssen dann solche minderwertigen Vorstellungen gut genug sein.

Die Volksbühnenbewegung, die im Laufe der letzten Zeit immer mehr auch die Kleinstädte ergriffen hat, hat die Möglichkeit geschaffen, diese Mißstände zu ändern. Gestützt auf die Theatergemeinden der einzelnen Orte wird es möglich, das wirtschaftliche Risiko des Privatunternehmers auszuschalten und künstlerisch einwandfreie Leistungen zu bringen. Für eine große Zahl der theaterlosen Städte hat der Verband der deutschen Volksbühnenvereine Wandertheater geschaffen. Man darf die Schwierigkeiten, mit denen solche Truppen zu kämpfen haben, nicht unterschätzen. Die Schauspieler müssen heute in Rüstern auf einer klotzigen Bühne spielen, müssen morgen schon in Finsternis spielen, im Hotel oder gar auf der Eisenbahnfahrt wird gequält, — und so geht es den Winter hindurch von Stadt zu Stadt. Die Schauspieler werden schon allein körperlich stark beansprucht. Es müssen junge, begeisterte Künstler sein, die mit solchen Truppen reisen. Dadurch sind jeder Wanderbühne künstlerische Grenzen gesetzt.

Man hatte kürzlich Gelegenheit, eine Vorstellung eines Wandertheaters des Volksbühnenverbandes, des Ostdeutschen Landestheaters in Ludenwalde zu sehen. Gespielt wurde „Bahnmeister Tod“, ein Drama von Hoffmann, das in einer Uebertreibung aus dem Blutdeutschen ins Hochdeutsche gegeben wurde. Das Stück, das in etwas lakonischer Art schildert, wie ein Bahnwärter von seiner bössartigen Frau zu Tode und in den Tod getrieben wird, wirkt im Hochdeutschen mit seinen fünf Aufzügen noch breiter als in seiner ursprünglichen Gestalt. Drei Akte würden genügen. In einer plattdeutschen Aufführung würde vielleicht das viele „Wahnen“ nicht so stören; aber das Stück ist bei dieser Betrachtung nicht die Hauptsache. Die Aufführung, die für die Theatergemeinde Ludenwalde gegeben wurde, war anständig. Hugo Gauhammer, der zugleich Spielleiter war, gab einen Bahnwärter, der an vielen Stellen erschütternde Momente hatte. Seine Frau, die von Hela Grusel gespielt wurde, ist vielleicht für die Rolle noch zu jung, ihr Hoch wirkt etwas gemacht. Der Onkel, ein Bahnwärter, der in dem Stück als gutes Gewissen wirkt, war mit warmen, herzlichen Tönen Walter Eberhardt. Als klatschwürdige, kupplische Butterfrau wirkte Margarete Barowsky durchaus echt. Man sah also, abgesehen von Kleinigkeiten, eine recht gute Aufführung. Nach den Bemerkungen im Eingang wird man ermaßen können, was sich ein Wandertheater für die Kulturarbeit gerade der Arbeiterschaft in den Kleinstädten bedeutet, die sonst mit Schmiere und Schundstücken zufrieden sein muß.

Wir in England haben nicht erst auf den Kommunistenprozeß gewartet, um dies zu erkennen. Es war die Berrücktheit der Dritten Internationale, die die heutige Regierung Englands in den Sattel hob und den Vormarsch des britischen Proletariats empfindlich hemmte. Mit dieser Angelegenheit verglichen, ist der Kommunistenprozeß ein reines Kinderspiel. Aber die Dritte Internationale ist der Meinung, daß sie die Sache des Kommunismus gefördert habe, indem sie die Arbeiterpartei schädigte und MacDonald schwächte. Wahrheitsgemäß beglückwünschte sie sich dazu, daß es ihr gelungen war, den Mißerfolg der letzten Wahlen in England herbeizuführen zu haben. Aber sie kann sich zu den Folgeerscheinungen kaum beglückwünschen: daß sie die Kommunisten in den Kerker bringt, nachdem sie sie aus der Labour Party vertrieb. Auch die Tatsache kann sie nicht als Erfolg buchen, daß sie die ungeschmälerte Autorität MacDonalds herstellte und ihn von seinen unbequemsten Kritikern befreite.

Die diplomatischen Angelegenheiten in fremden Ländern werden durch Russlands amtliche Vertreter bei den auswärtigen Mächten, durch sähige Männer geführt, ihre Leistungen werden aber durch die Passenreißer der halbamtlichen Dritten Internationale vernichtet, die in dem Wahne lebt, daß sie ein ideales Parlament und eine Weltföderation darstellt, wie sie etwa Lennin vorgeschwebt. Sie glaubt auch, daß sie in ihr Marx und Engels verkörpert, und mit Berufung auf sie verkündet sie Dogmen der Unfehlbarkeit und Unwissenheit, hinter denen die katholischen Dogmen über die Unfehlbarkeit des römischen Papstes weit zurückstehen, und die nur mit dem Willen des Gottes der orthodoxen Kirche vergleichbar sind. Beherrscht von diesen Illusionen, die die ganze Welt außerhalb Russlands als die bekannten Symptome der Größenwahn benannten Geisteskrankheit betrachtet, erteilt die Dritte Internationale in den verschiedenen Ländern lächerliche Befehle an junge, harmlose Leute, die genug unersöhren sind, um ihre Ansprüche als berechtigt zu betrachten, und verteilt russisches Geld in der ganzen Welt, um sinnlose Mißgriffe herbeizuführen.

Wenn das schon für England gilt, was sollen wir erst in Deutschland sagen, wo die Liste der „sinnlosen Mißgriffe“ und ihrer verderblichen Folgen doch noch ganz unvergleichlich größer ist als in irgendeinem anderen Lande!

### Die Not der Beamten.

Die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Reichstags

In der heute fortgesetzten Beratung erklärt Abg. Neubauer (Komm.), daß die Denkschrift der Regierung beweise, daß stets Geld vorhanden war, auch wenn Schließen erklärt hat, kein Geld zu haben. Er wende sich gegen die Vertopplung der Besoldungsfrage mit der Erwerbslosenfrage und der Steuerermäßigung. Das Ergebnis der deutschnationalen Steuerpolitik sei, daß das Reich nunmehr 100 Millionen mehr an Reparationen Lasten tragen müsse. Abg. Bender (Soz.) stellt fest, daß durch die Denkschrift der Regierung in der Deffektivität falsche Auffassungen hervorgerufen werden. Wenn die Denkschrift sage, daß der Postbeamte im Durchschnitt 3052 M. Jahresgehalt habe, so sei das eine Übertreibung. Die drei Klassen der Beamten der unteren Gruppen kommen bei weitem nicht an diese Summe heran. An die Diätäre, die noch weniger erhielten, habe niemand gedacht. Ebenso stehe es mit den Durchschnittszahlen für die Arbeiter.

Im Gegensatz zur Denkschrift sei das Realeinkommen der Beamten erheblich gesunken. Die jetzige schwierige Lage, in der auf den Reichstag so viel neue und berechtigte Forderungen einströmen, sei dadurch herausbeschworen worden, daß die Reichsregierung und ihre Parteien den günstigen Zeitpunkt im Frühjahr dieses Jahres verpaßt und die beschiedenen Forderungen der Sozialdemokraten abgelehnt haben. Die gegebenen Darlehen haben die Not der Beamten noch vermehrt, indem sie der Verschuldung Vorschub leisteten.

Abg. Bawerenz (Dnaff.) betonte, daß sich die Deutschnationalen in ihrer Sorge für die Beamten nicht übertreffen ließen. Die

Hauptsache sei jetzt, daß man vorwärts komme. Er beantrage, die im Haushalt vorgesehene Sonderrücklage für Besoldungszwecke von 60 Millionen noch vor Weihnachten an die Beamten in Form einer einmaligen Wirtschaftshilfe zu verteilen. Er bezweifle, ob die Erhöhung der Grundgehälter vor Weihnachten möglich sei, obgleich dies wünschenswert wäre. Von den Demonstrationen der Beamten habe er eine sehr geringe Meinung, sie seien eine unerfreuliche Erscheinung. Abg. Steinkopf (Soz.) weist an verschiedenen Beispielen nach, daß die Zahlenangaben der Denkschrift irreführend seien. Wenn öffentlich verkündet werde, daß der gesamte Besoldungsaufwand des Reiches 8,2 Milliarden ausmache, so müsse man hinzufügen, daß hierin sämtliche Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und Gemeindefürsorge einbezogen sind. Auch müsse man darauf hinweisen, daß die Postangestellten nicht nur ihre Besoldung erarbeiten, sondern auch noch große Ueberschüsse erzielt hätten. Das sei in noch stärkerem Maße bei den Eisenbahnern der Fall. Auch andere Behörden ständen auf eigenen Füßen, so daß eine Belastung der Steuerzahler nicht in Frage käme.

Das Problem, an das niemand heran wolle, sei folgendes: Ist man der Ansicht, daß durch den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern diese ihre finanzielle Selbständigkeit wieder erhalten haben, so müßte das Reich erklären, daß es für die Besoldung der Beamten usw. der Länder und Gemeinden nicht mehr aufkommen könne. Verneine man die Frage, so bleibt nichts anderes übrig, als das Finanzgebahren und die Besoldungsfrage der Länder und Gemeinden ein für allemal beim Reich zu zentralisieren.

Die einmalige Zulage sei unsympathisch, weil sie nur im Augenblick helfe und den Reichstag in kurzer Zeit erneut vor die Besoldungsfrage stellen werde. Entschliche man sich aber für die einmalige Zulage, so sei es selbstverständlich, daß die Arbeiter und Angestellten des Reiches, der Länder usw. ebenfalls an ihr teilnehmen müßten. Er empfehle dringend, da ein Druck auf die geschäftsführende Regierung nicht möglich sei, zu einer Verständigung unter den Parteien zu kommen und alles Unstimmige auszuschalten.

Die Debatte wird alsdann abgebrochen. Fortsetzung morgen früh 10 Uhr. Es ist anzunehmen, daß morgen nachmittags ein Unterausschuß zusammentritt, um zu versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Der Arbeitsausschuß des Reichstages hat beschlossen, die Besoldungsfrage, die Erwerbslosenfürsorge und die Frage der Steuerermäßigung noch vor Weihnachten zu verabschieden.

### Die Kleber-Regierung.

Kein Rücktritt der thüringischen Regierung.

Gestern hat der Thüringische Landtag mit großer Mehrheit der Regierung des volksparteilichen Abgeordneten Deutscher seine Mißbilligung über das Verhalten Thüringens im Reichsrat anlässlich der Abstimmung über die Bocarogesehe ausgesprochen. Jeder Mensch müßte annehmen, daß die thüringische Regierung, wenn sie nur etwas auf sich hielte, aus dieser Mißbilligung ihrer Abstimmung die Konsequenzen ziehen und ihren Rücktritt erklären wird. Nichts von alledem scheint der Fall zu sein. Die thüringische Regierung hat offenbar die Absicht, nach wie vor ihr Land weiter zu regieren. Dabei ist die gestrige Abstimmung mit ihrem für die Regierung so peinlich blamablen Ausgang kein Zufallsergebnis. Es trifft schon lange im Ordnungstande. Die Wähler unter der Führung des Herrn Dr. Dinter haben deutlich genug ihre Mißbilligung über den Regierungskurs ausgedrückt. Sie haben die Forderung gestellt, daß Dr. Dinter zum Staatsrat ernannt werden möge, was ungefahr daselbe ist, als wenn Knüppel-Kunze an der Spitze seiner 6 Mann von der Berliner Stadtverordnetenversammlung in den Magistrat gewählt werden würde. Ob dieser Forderung großes Entzücken in den Reihen des Landtages und der Deutschen Volkspartei; das Entzücken ist um so größer und um so verständlicher, als von der Gnade des Herrn Dr. Dinter auf die Dauer die Lebensfähigkeit der thüringischen Ordnungsregierung abhängt. Die Kleberregierung wird keine rechte Freude mehr erleben. So oder so, sie wird verschwinden müssen!

### Das neue englische Kinderschutzgesetz.

Im englischen Parlament ist der Entwurf zur Erweiterung und Ergänzung des Kinderschutzgesetzes (children act) vom Jahre 1903 eingebracht worden. Es ist selbstverständlich, daß wie in allen Kulturstaaten auch in England der Sache der Jugendlichen als einer der wichtigsten der Nation erste Stelle Beachtung zuteil wird.

In der Hauptsache handelt es sich bei der Gesetzesergänzung um die Heraushebung des Schutzes bei Missetat und sonstigen zu überwachenden Jünglingen bis zum 16. Jahre, ferner um das Heiratsverbot für Mädchen bis zum 18. Lebensjahr, und schließlich um die Festsetzung der strafrechtlichen Verantwortungsfrist von 7 auf 10 Jahre. Ferner sollen die Delikte gegen die Sicherheits-, Gesundheits- und Sittlichkeitsgefährdung Jugendlicher strenger geahndet werden. Die mit Strafen gegen Erwachsene belegten Delikte bei Gefährdung Jugendlicher sollen empfindlichste Wirkung erlangen. Die Verhinderung von Kindern ins Ausland zum Zwecke öffentlichen Auftretens und dergleichen soll ebenfalls strenger bestraft werden. Eine besondere Gesetzesmaßnahme wird jungen Mädchen gegen die Verführung zur Prostitution zuteil werden, die zum Teil bereits besteht, jetzt aber eine ausführliche Erweiterung erfahren wird. Alkoholverabreichung an Jugendliche unter 10 Jahren wird nicht anders als durch Gefängnisstrafe zu büssen sein.

In nachgedachten Kreisen ist die Frage aufgeworfen worden, ob jugendliche Verbrecher nicht aus dem Strafregister gestrichen werden können. Es würde dann ein in der Kindheit vom Wege abgelenkter und gebesserter Mensch nicht zeitweilig als „vorbestraft“ gelten.

Soweit in England! In Deutschland ist kürzlich ein neues Jugendgefängnis in Hannoverland eröffnet worden. Daß der Bedarf zum Bau einer solchen Anstalt vorhanden ist, zeigt den traurigen Stand der Jugendfürsorge.

Vorbeugen wäre besser als heilen. Vorbeugen heißt in diesem Falle: schützen und versorgen! H. V.

Arnold Zweig setzte sich in einem Autorenabend der Buchhandlung J. M. Spatz in der Berliner Sezession literarisch mit der Gegenwart auseinander. Er legte das Bestimmte ab, daß er es für die natürlichste Aufgabe des Dichters halte, seine Gegenwart zu erfassen. Eine Gegenwart, die ja gerade jetzt voll von Unerhörtem, Unergründlichem ist, die Stoff bieten müßte zu den gewaltigsten Schöpfungen, zu Schöpfungen, die noch ihres Schauernwertens harren. Doch zeigte Zweig mit Bruchstücken aus seiner Novelle „Lont und Anna“, daß er gewillt ist, nach seinen Kräften seine Forderung zu erfüllen, wenn auch an sich schon die Form der Novelle hier Grenzen setzt. Zudem läßt Arnold Zweig viel zu sehr die Illuzionen flüchten. Seine Betrachtung der himmelstrebenden Gotik des Straßburger Münsters, meisterhaft trotz nicht ganz unterdrückter Reizung zur Euphorie, ist der beste Beweis dafür. Gegenwart läßt sich im Aufschrei der höchsten für die harten Umrisse des Holzschmitts prägen, wenn sie ihr eigenes Wesen zeigen soll. Daß Zweig nicht die Fähigkeit besitzt, sie so zu packen, zeigt die Verteidigungsrede, die der Verteidiger des Mörders der schönen Tänzerin Anna hält. Hier versucht Zweig in großen Zügen die dunklen Zusammenhänge der Gegenwart zu zeigen, ohne aber daß

es zu unerhört neuen oder starken Formulierungen kommt. Viel echter ist das rührende, durchaus nicht gegenwartsbewußte Antwortgespräch des Mörders, der die Tänzerin tötet, weil er sich von ihr trennen sollte, und der sich nun selbst vergiftet. Ueberhaupt ist die psychologische Vergegenständlichung des Einzelnen, die Aufdeckung seiner Seelenregungen noch immer Zweigs eigenstes Gebiet. Und die Gestalten seiner Novellen, nur bedingt als Vorschein der Gegenwart deutbar, zeugen von vornehmster, wenn auch begrenzter Kunst. Les.

Siegfried Wagner über die Sendung von Bayreuth. Im Verein Berliner Presse sprach am Mittwochabend Siegfried Wagner über „Die deutsche Sendung von Bayreuth“. Zu Beginn seiner Ausführungen teilte er mit, daß für das nächste Jahr eine Pause eingelegt werde, während der die Vorbereitungen getroffen würden, um den „Lantshäuser“ so herauszubringen, wie es der Tradition von Bayreuth entspreche. Trotz des guten Belüchtes, der namentlich auch aus dem Auslande verstärkt eingeleitet habe, schloß das letzte Jahr geschäftlich mit einem kleinen Minus ab. Nach der Erörterung des Problems, ob die Festspielbühne auch anderen Werken als denen Richard Wagners geöffnet werden könne, eine Möglichkeit, die der Vortragende aus örtlichen künstlerischen Gründen verneinte, unterstrich er, daß von Bayreuth in Zukunft alle politischen Tagesströmungen ferngehalten werden sollen, um die Nationalbühne als ein Eigentum des gesamten deutschen Volkes zu erhalten und zu fördern.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatte zum 8. zu ihrer ordentlichen Mitgliederversammlung geladen. Ihr ging am 7. eine Sitzung des Senats voraus. Der Präsident der Gesellschaft, A. Harnack, teilte mit, daß trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage, dank der Unterstützung von Reich und Staat und von privater Seite, es gelungen sei, die 25 Institute der Gesellschaft annähernd auf ihrer wissenschaftlichen Höhe zu erhalten. Im Anschluß an die Mitgliederversammlung hielt Prof. Dr. Koenig aus Bonn einen Vortrag über das Thema: „Entwicklung und Aufgaben des Systems der Wellenlängennormale“. Am Abend fand in den Räumen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein Bierabend statt, bei dem Prof. Dr. Thienemann, der Leiter der zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gehörenden Vogelwarte Rossitten, einen neuauftaunommenen Film zeigte.

Die H. Janyanovier der Volksbühne am kommenden Sonntag, den 13. Dezember im Theater am Ballowsplatz beginnt pünktlich 11/2 Uhr. Mitwirkende: Harald Kreuzberg von der Berliner Staatsoper, Kurt Joch von Stadttheater Münster und Julian Hugo vom Stadttheater Gera. Einlaßkarten 1 Mark.

Großvorstellung der Volksbühne für die Arbeitslosen. Der Vorstand der Volksbühne beabsichtigt, Anfang Januar eine Nachmittagsvorstellung im Theater am Ballowsplatz den Arbeitslosen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Aufgabe der Karten wird durch die Gemeindefürsorge erledigt.

Die Aufführung der „Guten Frühe“ am 12. im Theater am Rollendorplatz mit ausnahmsweise um 7/8 Uhr beginnen, da das Stück der „Grünen Hübe“ und des „Reuertrier“ am gleichen Tage im Theater am Rollendorplatz um 10 Uhr anfängt. Im Rahmen dieses Ballhettes findet eine Nachmittagsvorstellung unter Mitwirkung erster Kräfte wie: Claire Baroff, Olga Grünig, Trude Heisterberg, Maria Solvig, Kalla Stern, Ernst Deusch, Ernst Klotz, Hubert v. Kegerling, der Kaiser Conny und Kresch usw. u.

## Der Prozentpolitiker Hugenberg. Steuergelder für Privatpekulation?

Der bekannte deutschnationale Kommerzienrat Hugenberg, Mitbesitzer des „Lokal-Anzeiger“ und der Telegraphen-Union, hat mit einem seiner geschäftlichen Unternehmungen, der „Landbank“ Fiasco erlitten. Wir haben über die Generalversammlung, die gestern stattgefunden hat, bereits im Wirtschaftsteil unseres Morgenblattes berichtet. Die „Landbank“ steht vor dem Konkurs, weil ihr Leiter nach dem eigenen Zeugnis des Herrn Hugenberg betrügerische Kreditgeschäfte gemacht hat; er hat auf Grund von Effekten, die ihm garnicht gehörten, Darlehen für Landankäufe aufgenommen und dabei 700 000 bis 800 000 M. verloren. In Erwartung von Staatskrediten, die der „Landbank“ zugesagt sein sollen, hat man dann bei der Seehandlung neue Gelder aufgenommen. Jetzt ist das Unternehmen an seinen Verfall gekommen. Selbstverständlich soll der Preussische Staat einspringen und die Gesellschaft sanieren. Dabei wurde dem Staate zugemutet, Aktien der „Landbank“ zu einem Kurs zu übernehmen, den die Seehandlung im vorigen Jahre für ein Aktienpaket derselben Gesellschaft angelegt hatte. Daß inzwischen fast alle Börsenkurse katastrophal gesunken sind, ist für Herrn Hugenberg nebenbei, wenn es sich darum handelt, eine unter seiner eigenen Führung herbeigeführte Pleite mit Mitteln der Steuerzahler aus der Welt zu schaffen.

Die ganze Angelegenheit wäre nicht einer großen öffentlichen Diskussion wert, wenn nicht Herr Hugenberg selbst die ihm dienbaren Presseorgane dazu ausnützen würde, um gegen die preussische Regierung eine der Form wie dem Inhalt nach geradezu widerliche Propaganda zu entfalten. Herr Hugenberg veröffentlicht durch die ihm nahestehende Telegraphen-Union den Wortlaut seiner Rede auf der gestrigen Generalversammlung unter dem Titel: „Ein politischer Konkurs“. Selbstverständlich ist der „Lokal-Anzeiger“ dem Herrn Hugenberg ein williger Helfer und lügt den ganzen Vorgang darauf hinaus, als wolle Preußen die Ostmarkfiedlung im Stich lassen. Die Angaben, die Herr Hugenberg selbst in seiner Rede gemacht hat, widersprechen dieser unsinnigen Behauptung, denn der verachtete Aufsichtsratsvorsitzende erklärt, daß Preußen bereit gewesen sei, die „Landbank“ zu übernehmen, wenn der Staat entsprechend seiner Geldleistung auch das Aktienkapital und den ausschließlichen Einfluß auf die Besetzung des Vorstandes und Aufsichtsrats erhalten hätte. Herr Hugenberg drehte natürlich den Spieß um, verlangte, daß man der nach ihren Satzungen östlich eingestellten „Landbank“ das Geld geben, die preussischen Siedlungsbehörden aber abbauen solle. Jeder vernünftig Denkende wird sich über eine derartige Annahme wundern. Aber Herr Hugenberg beschränkt sich offenbar nicht mehr darauf, theoretisch in seinem „Lokal-Anzeiger“ für eine Wirtschaftsdiktatur einzutreten, sondern er glaubt, für seine Unternehmungen sogar schon über die öffentlichen Steuergelder verfügen zu können, ohne daß ihm selbst eine Regierung etwas reinzuriden hat.

Man sieht, wie sehr manchen Reaktionären der Kamm schon geschwollen ist. Dabei handelt es sich für Herrn Hugenberg mehr um eine Prestigefrage als um die Beseitigung persönlicher Verluste, denn Herr Hugenberg selbst betont der Öffentlichkeit gegenüber, daß seine Privatbank, die „Landbank“ auch nicht einen einzigen Pfennig für das Geschäft geopfert habe und keine einzige Aktie der „Landbank“ besitze. Man sieht, Herr Hugenberg ist nicht ganz so dumm, wie er den preussischen Staat machen will. Persönlich ist er schlau genug, sich von Geschäften eines Unternehmens fernzuhalten, dessen Aufsichtsratsvorsitzender er ist, wenn dabei die Gefahr von Verlusten droht. Der Staat aber kann blechen. Denn das sind ja nur die Gelder der Steuerzahler. Erlaubt sich der Preussische Staat aber, selbst Land anzukaufen, so erhält er von Herrn Hugenberg eine Strafpredigt. Worum es Herrn Hugenberg geht, ist etwas ganz anderes. Er hat durch den Zusammenbruch seiner Bank das Recht verloren, sich als Reiter der Ostmark aufzuspielen. Das ist natürlich höchst ärgerlich. Durchaus denkbar aber ist es, daß gegen ihn als Aufsichtsratsvorsitzenden von den geschädigten Gläubigern der Bank noch Regressansprüche geltend gemacht werden. Selbst wenn das jedoch nicht der Fall sein sollte, würde der Ruf der deutschnationalen Finanzgröße natürlich sehr darunter leiden, wenn das ganze Unternehmen in Konkurs geht, dessen Aufsichtsratsvorsitzender er ist.

Das ist für Herrn Hugenberg eine höchst peinliche Situation. Menschlich kann man sie bis zu einem gewissen Grade sogar verstehen, wenn man den maßlosen Ehrgeiz des Herrn Hugenberg kennt. Aber das kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier wieder einmal die öffentliche Moral in den Dienst einer Geschäftspolitik gestellt werden soll, bei der die Progenie des Herrn Hugenberg oder seiner politischen Freunde auf dem Spiele stehen. Erinnert sei nur daran, daß der Fall „Landbank“ in vielen Dingen eine frappante Ähnlichkeit mit dem Fall der Preussischen Landespfandbriefanstalt hat. Man kann es durchaus verstehen, wenn die preussische Regierung keine Lust hat, die private Siedlungsbank mit öffentlichen Geldern wieder flott zu machen, ohne sie ganz in ihre Hand zu bekommen. Wenn Herr Hugenberg in den Spuren des Herrn Nehring wandelt, so ist das seine Sache. Daß aber für die Verluste seines Unternehmens Staatsgelder bereitgestellt werden, die zur Unterstützung der Erwerbslosen besser verwendet werden würden, dagegen ist schärfster Einspruch am Platze.

## Beamtenabbau als Tschekisierungsmittel. Entrüstung in Deutschböhmen.

Prag, 10. Dezember. (Vom Vertreter des W.B.) Die Entlassung von 2000 deutschen Postbeamten und Angestellten in den deutschen Gebieten des Staates hat in der deutschen Bevölkerung ungeheure Entrüstung hervorgerufen. Abgesehen von der furchtbaren Not, welcher die Entlassenen und ihre Familien ausgesetzt sind, und der Unmenslichkeit, die in dieser im härtesten Winter vor Weihnachten erfolgten Entlassung zum Ausdruck kommt, sieht die deutsche Bevölkerung in diesen Entlassungen einen weiteren Schritt zur Tschekisierung der deutschen Gebiete, da die Entlassenen durch Tscheden ersetzt werden. Der Postverkehr wickelt sich in zahlreichen Orten nur mit den größten Schwierigkeiten ab. In zahlreichen deutschen Versammlungen wird dagegen Protest erhoben, daß man den Abbau der Staatsbeamten und -angestellten lediglich auf Kosten der Deutschen durchführt.

## Furcht vor der Öffentlichkeit.

Vorder- und Hinterrad der Straßenbahn sind überfüllt. Der Führer kann kaum die Arme bewegen, und nur durch schlangenförmige Glederverteilung ist es dem Schaffner möglich, das Abfahrtszeichen zu geben. Man steht auf den Füßen des anderen, brennt lauem Nachbarn mit der Zigarette ein Loch in den Kermel und verkürzt sich auf derart angenehme Weise die Fahrt. Doch im Innern des Wagens herrschen Freiheit und Bewegungsmöglichkeit. Die Sitzplätze sind besetzt, und nur am Eingang vor der ersten Bank haben sich einige Grobernaturen dreist aufgestellt und bilden stillvergnügt eine kompakte Masse. Der Schaffner bittet, schießt, lockt und droht. Nichts hilft. Am Eingang steht bewegungslos die Menschenmauer. Niemand will etwas hören. Man starrt wie hypnotisiert einen Punkt an, kümmert sich um nichts weiter in der Welt und versucht, sich vor sich selbst zu rechtfertigen. Man muß ja doch bald aussteigen, warum soll man sich durch die Menschenmasse drängen, gleichgültig, auch wenn man noch eine Stunde zu fahren hat. Im Stillen überlegt man, wieviel Schritte nötig sind, um den Wagen zu durchschreiten, und womit sich die Eigenden gerade beschäftigen, und wo man sich selber ausstellen könnte. Bestimmt wird man sich ungeschickt benehmen, stolpern und sich lächerlich machen, und alle werden einen ironisch ansehen. Außerdem ist die Luft draußen besser, auch wenn man sich in der Kälte einen Schnupfen holt. Wäre man doch gleich, aus eigenem Willen, in den Wagen gegangen! Aber jetzt? Rein!

## Dr. Max Adler-Wien

spricht am Sonnabend, dem 12. d. Mts.,  
nachm. 5 Uhr in der Aula der Hochschule für Politik, Schinkelplatz, über

## Soziologie und Marxismus

Eintritt frei. Freie Aussprache.  
Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.  
Vereinigung sozialdemokratischer Studenten.

Man denkt nicht daran, sich öffentlicher Kritik auszuweichen, man bleibt stehen, wo man steht, bis ein kühner Abenteurer in das Innere des Bogens vordringt. Man atmet erleichtert auf und folgt befreit diesem geborenen Pfadfinder.

## Zum Selbstmord der Sängerin Jurjewskaja.

Die Leiche der Vermissten noch nicht geborgen.

In der Affäre der Jurjewskaja scheint nunmehr endgültig festzustellen, daß die Sängerin Selbstmord begangen hat. Bei der Bergungsaktion wurden in den Wassern der Reuß weitere Stoff- und Kleiderreste gefunden, die einwandfrei als der unglücklichen Künstlerin gehörig identifiziert werden konnten. Das Motiv des Selbstmordes steht noch nicht fest. Man ist hier auf Vermutungen zweifelhaftester Art angewiesen. Von einigen Seiten wird behauptet, daß die Jurjewskaja in einem morphinischen Anfall die unheilvolle Tat begangen habe. Andererseits wird dagegen angeführt, daß die J. eine Morphinistin gewesen sei. Weiterhin ließe das Gerücht von einer unheilbaren Krankheit, auch sollen angeblich eheliche Zwistigkeiten bei der Affäre mitsprechen. Das sind jedoch Kombinationen ohne sichere Grundlage. Eine nicht ganz einwandfreie Rolle scheint der Gatte der Vermissten, Herr o. Bremer, im Anfangsstadium der Sache gespielt zu haben. Fest steht jedenfalls, daß das mysteriöse Telegramm, das die Sängerin angeblich nach Dorpat an das Krankenlager der sterbenden Mutter rief, von ihm selbst in Berlin ausgegeben wurde. Bremer begründete bei seiner Vernehmung im Polizeipräsidium seine Handlung damit, daß er seiner Gattin den dringend notwendigen Erholungsurlaub nach der Schweiz hat ermöglichen wollen. Dies bedarf noch näherer Nachprüfung. Bei den Bergungsarbeiten wurde, wie aus Andernach gemeldet wird, ein Mann der Rettungsgesellschaft durch niedergehenden Steinschlag getroffen und schwer verletzt. Die Räfte und das überaus gefährliche Terrain der Abwurfstelle machen die Bemühungen zur Bergung der Leiche überaus schwierig. Die Sowjet-Botschaft teilt zu den Mitteilungen über die angebliche Erschießung des Schwogers der Sängerin durch die Bolschewiki mit, daß diese Behauptung falsch sei. Der Sowjet-Botschaft sei hieron nicht das mindeste bekannt.

## Berlin gegen die E-Gelder-Spende.

Ein städtischer Ausschuss beschäftigte sich heute mit der Vorlage des Magistrats, wonach an die E-Gelder-Spende von der Stadt 30 000 M. gezahlt werden sollen. In der Beratung wurde in sehr ausführlicher Besprechung der Bau des Zeppelin-Luftschiffs einerseits und die Zeppelin-E-Gelder-Spende andererseits behandelt. Es wurde hervorgehoben, daß die Art, wie das Geld gesammelt und der dazu aufgegebene Verwaltungsapparat zu teuer sei. Bemängelt wurde die nationalistische Propaganda, die von dem Ausschuss der E-Gelder-Spende getrieben wird. Unter anderem wurde darauf aufmerksam gemacht, daß bei einer Postkartenserie, die in den Schulen verteilt wurde, auf der einen Postkarte der bekannte Spruch steht: Exoritur aliquis nostris ex ossibus altor (Möge aus unseren Beinen ein Räder entstehen). Die Linksparteien vertraten die Ansicht, daß man 30 000 M. den Gemeindefürsorge für hilfsbedürftige Kinder zur Verfügung stellen sollte. Auch die Rechtsparteien vertraten die Auffassung, daß die Verwaltungskosten für die E-Gelder-Spende zu hoch seien. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn im Volksinteresse eine Sammlung durchgeführt werden solle, man die Sammlung so organisieren müsse, wie sie vor Jahren bei der Zeppelin-Spende durchgeführt wurde. Dadurch war die Gemüht gegeben, daß alles gesammelte Geld seinem ursprünglichen Zweck auch dienlich gemacht wurde. Der Ausschuss lehnte mit Mehrheit die Magistratsvorlage ab. Gegen die Magistratsvorlage stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten.

## Märchenbögel.

„Ruckedigh, ruckedigh, Blut ist im Schuh“ — vielleicht erinnern sich die Tauben heute noch daran, daß sie in der Märchenzeit dem schönen Aschenputtel zu ihrem Recht verholfen haben. Denn woher sollten sie sonst so stolz sein? Damals suchten sie doch sogar die Erbsen aus der Asche und bekamen nur die schlechten zum Vorn. Aber wenn man heute in einer Taubenausstellung diese schneeweißen und zartfarbig gezeichneten Tiere sieht, die tockelt wie eine zum Ball gepuckte Dame auf und ab stolziert und sich bewundern lassen, so ist es unmöglich, sich vorzustellen, daß sie jemals in einem Aschenputtel herumgelaufen könnten. Sie werden es seit jener Zeit wohl auch nicht mehr tun. Und die Menschen belohnen sie immer, historische Verdienste, und verlangen von den Tauben heute weiter nichts, als daß sie immer schön werden. Wenn sie dann schließlich so pockend und vornehm sind, daß sie fast keinen Schnabel mehr bekommen und ihre Jungen elendiglich verhungern lassen mühten, so gibt man ihnen sogar Ammer in den Dienst. — Man könnte ein Gleichnis daraus machen; aber die Ruhpannung würde nicht ganz stimmen. Denn wer seine Tauben nicht mehr erhalten kann oder will, der bekommt noch Geld dazu vom Abnehmer. Außerdem sind hier selbst die edelsten Rassen genießbar.

Wer allerdings ein richtiger Taubenliebhaber ist, will von solchen legerischen Gedanken nichts hören. Er spricht nur mit der vorzüglichsten Stimme eines fanatischen Sammlers von seinem Tierbestand, von den „schneeweißen Gestalten“ der Berliner Langen, Wiener Gestirnen, Starparker Schwanenhäule, Dänischen Tiger und wie die Taubenrasen sonst noch heißen. Und stolz reden sie die Schönheitsbrieftauben vor dem Besucher, der bewundernd die Ausstellung in der Postbräuererei in der Fildischstraße durchschreitet, und verleugnen mit hochmütigem Gurren ihre Aschenputtelwanderschaft.

## Stren- und Reinigungspflicht bei Glätteis.

Das plötzlich eingetretene Tauwetter birgt die große Gefahr in sich, daß sich nach einem in der Nacht immerhin möglichen gefrorenen Frost am Morgen die Straßendämme und Bürgersteige in spiegelnde Glätteflächen verwanandelt haben. Bereits in den ersten Schnees- und Eistagen ereigneten sich, wie erinnerlich, Massenstürze, die auf die ungenügende Reinigung der Bürgersteige zurückzuführen waren. Besondere Beachtung verdient darum noch einmal die Verordnung des Polizeipräsidenten vom 4. März 1923 über die Straßenreinigung.

Danach sind die Straßenanleger im gesamten Gebiet von Groß-Berlin zur Schneebeseitigung und Bestreuung der Bürgersteige bei Winterglätte verpflichtet. Diese Verpflichtung ist in folgender Weise zu erfüllen: Die Bürgersteige müssen von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr frei von Schnee und Eis gehalten und von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends mit Sand, Asche oder anderen abstumpfenden Stoffen dezartig bestreut sein, daß der Entstehung gefährlicher Glätte vollständig vorgebeugt wird. Die Hydranten müssen von Schnee und Eis freigehalten werden. Die Polizeireviere sind angewiesen, auf strenge Beobachtung dieser Vorschriften zu sehen und sämtliche Anleger zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten. Im Falle wiederholter Unterlassung oder böswilliger Weigerung tritt unachtsichtig Bestrafung ein. So notwendig und gut diese Polizeiverordnung ist, so wenig ist sie befolgt worden. Gerade die Bewohner der Vororte, die als „Groß-Berliner“ die gleichen Rechte wie die Bewohner der Stadt verlangen, wissen ein Lied von der mangelhaften Schneebeseitigung zu singen. Man steht auf den Bürgersteigen der Vororte überall diese Krusten verhärteten Schnees. Deshalb müssen jetzt und für die Folge die ausübenden Polizeigorgane, in diesem Falle die patrouillierenden Dienstreifen, mehr als bisher darauf achten, daß die Vorschriften eingehalten werden. Das Publikum sollte sich nicht scheuen, den Straßenbeamten entsprechende Mitteilung zu machen. Das weitere wird dann schon erfolgen. Letzten Endes geht ein Außerachtlassen der polizeilichen Vorschriften immer wieder auf Kosten der Mitmenschen.

## Gerichtspersonen und Publikum im Bohmer-Prozess.

Der Vorsitzende des am Montag, den 14. Dezember, beginnenden Bohmer-Prozesses, Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig, hat folgende Anordnungen für den Prozess getroffen:

In dem Verhandlungsraum, der voriges Mal für das Publikum freigegeben war, dürfen nur Richter, Staatsanwälte, Assessoren und Referendare Platz nehmen. Diese müssen sich vorher in eine Liste eintragen und erhalten nur so eine Ausweisarte. Familienangehörige dürfen nicht mitgebracht werden. Für die Presse werden nur 20 Plätze reserviert, und das Publikum darf nur im Zuscherraum Platz nehmen.

## Lokomotiventgleisung auf dem Potsdamer Ringbahnhof.

Infolge vorzeitiger Umstellung der Gleisperre im Maschinenwechselfeis entgleiste heute früh 6.40 Uhr auf dem Potsdamer Ringbahnhof in Berlin die Maschine, die den Zug 1751 übernehmen sollte. Das Einfahrtgleis von Westend war bis etwa 11 Uhr vormittags gesperrt. Die Reisenden auf Richtung Westend mußten in Schöneberg umsteigen.

Ein Veteran der Arbeiterbewegung, Genosse Albert Kessel, Göbenstr. 14, ist nach langem schweren Leiden, kaum 60 Jahre alt, von uns geschieden. Sein arbeitsreiches Leben stellte er in den Dienst der Partei. 34 Jahre wirkte er ohne Unterbrechung als Funktionär, treu dem Gedanken, der in der Jugend sein Herz und Hirn entflammte. Niemals wankelmütig, auch nicht in schwerster Zeit, gab er dadurch seiner Umgebung einen Halt und war ein Beispiel treuer Pflichterfüllung in der Kleinarbeit für die Partei. Ein bejauender Kämpfer, der nie nach außen hervortrat, ist jetzt still geworden. Seine Einäscherung wird noch besonders angezeigt.

Veränderung der Straßenbahnlinie 56. Die Linie 56 wird vom 14. Dezember dieses Jahres ab vom Handplatz über die Straße Gellertstraße, Schlüterstraße, Birkenbuschstraße, Kulligshof, Bahnhof Steglitz, Albrechtstraße, Schloßstraße umgeleitet.

Für die Unterhaltungsstoffe der Internationalen Verkehrsbahnverwaltung hat das Kabarett der Komiker, Ausfluchtstheater 1923/24 (Wiesentorell Palmenhaus), am Sonnabend, 4 Uhr nachm., eine Wohltätigkeitsvorstellung. Paul Morgan und Kurt Reibisch sind dabei.

## Schluss des Internationalen Schachturniers.

Am Mittwoch wurden die beiden Hängepartien beendet. Jales schlug Subarew, die Partie Grünfeld-Sämisch wurde remis. Das Turnier ist damit beendet. Bogosjubow erhält mit 15½ Punkten den ersten Preis, Kaspar mit 14 Punkten den zweiten Preis, Capablanca mit 13½ Punkten den dritten Preis, Morshoff mit 12½ Punkten den vierten Preis, Torre und Tartakower mit je 12 Punkten teilen den fünften und sechsten Preis, Romanowski und Reti mit je 11½ Punkten teilen den siebenten und achten Preis, Genewski und Grünfeld mit 10½ Punkten teilen den neunten und zehnten Preis. Bogatirischot erhält mit 10 Punkten den elften Preis. Berksinski, Rubinstein und Spielmann erzielten je 9½ Punkte, Löwenfisch 9, Robinowitsch 8½, Dantes 7, Gotschik und Sämisch 6½, Duchotmirski 6, Subarew 4½ Punkte.

## Schweres Eisenbahnunglück in Spanien.

Ein doppeltes Eisenbahnunglück hat sich in Bilbao ereignet. Ein Personenzug fuhr auf eine Rangiermaschine auf und entgleiste, wobei einige Reisende verletzt wurden. Wenige Minuten später fuhr ein Schnellzug in voller Fahrt auf den entgleisten Personenzug auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß mehrere Wagen des entgleisten Personenzuges durch die Wucht des Zusammenstoßes meterweise fortgeschleudert wurden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind bis jetzt mehrere Tote und zahlreiche Vermundete geborgen worden.

Die Kälte in Italien hat am Mittwoch abend plötzlich nachgelassen. Nachdem das Thermometer in der letzten Nacht bis auf 3 Grad gefallen war, betrug die Abendtemperatur in Rom plus 5 Grad.

Eine Selbstmordepidemie in Riga. Die Rigaer Presse stellt eine starke Häufung der Fälle von Selbstmord in Riga fest. Die Selbstmordfälle verzeichnen im laufenden, noch nicht beendeten Jahre bereits 200 Todesfälle, gegen 60 Selbstmordfälle im Jahre 1922, 95 im Jahre 1923 und 119 im Jahre 1924.

Einreiseverbot nach der Tschechoslowakei. Verschiedene unliebbare Vorläufer lassen es, wie das Polizeipräsidium mitteilt, für erforderlich erachten, das Reisepublikum darauf hinzuweisen, daß für Reisen von Deutschland nach der Tschechoslowakei nach wie vor ein Visum der tschechoslowakischen Vertretungsbehörde in Deutschland erforderlich ist. Nur für den Touristenverkehr in Tirolen- und Nisebergirge sind zur Erlangung des Ausflüßerkeinen neben Reisepässen mit Lichtbild und Interieurkarte verfehene amtliche Ausweise — (Reisenausweise, Gewerbelegitimationsformulare, Führerscheine für Kraftwagen, Handelsreisepässe, Postlegitimationsweise usw.) — zugelassen.

